

ROTER OBERKRÄMER

SPD

4. Ausgabe
Dezember 2017

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Oberkrämer,

Die Wahl zum Bundestag ist vorbei, für uns als SPD lief es auf Bundesebene nicht so gut. Die SPD hatte entschieden, sich in der Opposition neu aufzustellen. Alle hatten sich schon auf Jamaika eingestellt, und jetzt kommt alles anders. Ob es mit einer Regierungsbildung bis zum Verteilen dieser Ausgabe oder doch zu Neuwahlen kommt, bleibt abzuwarten.

Unsere Inhalte dieser Ausgabe des ROTEN OBERKRÄMER:

- Unsere Neuen im Ortsverein, Seite 1
- Wir reden über Gras, Seite 2
- Wir wollen uns für eine weiterführende Schule in Oberkrämer einsetzen, Seite 3/4
- Unser Weihnachts-Gargoil auf Seite 4

Darum sind wir in die SPD eingetreten

Nach der Wahl ist vor der Wahl, das sagen sich auch **unsere neuen Mitglieder** im SPD-Ortsverein Schwante/Oberkrämer. Sie wollen bei der Erneuerung unserer Partei, bei einer doch möglichen Regierungsbeteiligung und bei der Diskussion um kommunale Themen mitreden. Hier **einige unserer Neu-Mitglieder**:



„Weil wir Beide in der Industrie tätig und in der Gewerkschaft aktiv sind. Die Thematik der sozialen Gerechtigkeit liegt uns besonders am Herzen. Durch die Mitgliedschaft im Ortsverband möchten wir unsere Gemeinde mitgestalten. Die SPD bietet uns hierbei die entsprechende Grundlage für Themen, die uns sehr nahe stehen.“

Lisa und Robin Schiller, Schwante

„Es war nicht allein eine Vision, die mich in die Zukunft schauen ließ und mir den Weg in die SPD wies. Dieser Partei traue ich zu, verantwortungsvoll den Europaweg zu gehen, soziale Ungerechtigkeiten und Altersarmut zu bekämpfen, Bildung für alle umzusetzen, Betreuungsschlüssel für Kita und Pflege zu verbessern und uns auch zukünftig die Demokratie zu bewahren. Dafür will auch ich mich engagieren und meinen Beitrag in der Basisarbeit leisten. Deshalb bin ich in die SPD eingetreten.“



Marion Fialski, Bärenklau



Lasst uns über Gras reden

Gras, Marihuana, Cannabis, Grünes... Die Substanz hat viele Namen, doch egal wie man es auch nennen mag, eines bleibt sie immer: verboten in Deutschland.

In Deutschland fallen Anbau und Besitz von Marihuana unter das BtmG bzw. StGB und sind strafbar. Wer erwischt wird, dem drohen Geldstrafen, Haftstrafen oder der Verlust der Fahrerlaubnis. (Auch, wenn Besitz und das Fahren nichts miteinander zu tun hatten!) Hierbei gibt es jedoch **regionale Unterschiede**: So wird in Berlin ein „Eigenbedarf“ von bis zu 10 Gramm toleriert, ohne dass in der Regel ein Verfahren eröffnet wird; in Brandenburg sind es dagegen 6 Gramm. Dies gilt zwar auch z.B. in Bayern, jedoch wird dort auch bei Mengen des „Eigenbedarfs“ häufiger hart vorgegangen.

Rund ein Viertel der Deutschen hat bereits mindestens einmal Gras konsumiert; fast vier Millionen in den letzten 12 Monaten. Die besagten Strafen scheinen vor dem Konsum nicht abzuschrecken. Ein Blick nach Frankreich - wo die Strafen härter als hierzulande sind - offenbart, dass dort sogar mehr Menschen kiffen oder bereits gekifft haben. Andererseits ist der Konsum in den Niederlanden seit der Legalisierung nahezu gleichgeblieben.

Auch unsere Bundes-Drogenbeauftragte Marlene Mortler (CSU) stellte fest, dass der „War on Drugs/Krieg gegen Drogen“ nicht erfolgreich war, sondern eher das Gegenteil bewirkt hat. Diese Aussage, anlässlich einer UN-Tagung zum Thema Drogen, ist ungewöhnlich - kämpft der deutsche Staat doch so sehr gegen Drogen an.

Begründet wird das oftmals mit dem Schutz der Bevölkerung und noch viel mehr mit Jugendschutz. So gilt es inzwischen als erwiesen, dass der Konsum von Marihuana in jungen Jahren negative Auswirkungen auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen haben kann. Allerdings gilt es auch als erwiesen, dass der Konsum nach der vollständigen Entwicklung des Gehirns als ungefährlich eingestuft werden kann.

Um Minderjährige effektiv vor dem Konsum zu schützen, braucht es ein **Umdenken in der Drogenpolitik!**

Es wird sich kein Dealer finden lassen, der erst nach dem Ausweis fragt und dann verkauft. Anders wäre es bei **staatlich lizenzierter Abgabe**, denn dann könnte man eben diese Regelung durchsetzen; mit Androhung von harten Strafen, sollte sich nicht darangehalten werden (ähnlich wie z.Z. bei Alkohol und Tabak).

Eine Legalisierung brächte auch andere Vorteile finanzieller, wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Art und Weise.

* Der Staat könnte den Verkauf besteuern und somit Einnahmen generieren.

* Eine neue Branche würde sich auf tun und damit viele Arbeitsplätze schaffen.

* Polizei und andere Staatsorgane würden entlastet und könnten sich weniger um kleine, private Hobbygärtner, stattdessen um große Drogenkartelle und andere Kriminelle kümmern. Dies könnte ihre Arbeit bei gleicher Personalstärke verbessern.

* Dadurch gewonnener finanzieller Spielraum könnte in Drogenprävention und Bildung investiert werden.

Außerdem findet **Cannabis in der Medizin** Anwendung. Doch auch nach kürzlichen Reformen ist es für viele Patienten, denen Cannabis helfen könnte, schwer, dieses verschrieben zu bekommen. Dabei ist das Spektrum an Wirkungen breit: Als Appetitanreger bei Chemotherapie und bei Patienten mit AIDS, bei entzündlichen Erkrankungen wie z.B. Rheuma und auch bei Patienten mit Epilepsie und Tourette-Syndrom. Dabei sind die Nebenwirkungen vergleichsweise gering.

Es gibt **keine rationalen Argumente gegen die Legalisierung von Marihuana**. Die Angst konservativer Politiker rührt von Vorurteilen gegenüber dem Stoff her und entbehrt jedweder Logik. Wir brauchen einen offenen Diskurs darüber, wie zukünftige Drogenpolitik in unserem Land aussehen soll; am Ende muss eine Form der Legalisierung her.

Hierzu gibt es in der SPD zum Teil bereits klare Aussagen und Beschlüsse: Die Jugendorganisation der SPD (Jusos) fordert bereits seit längerer Zeit eine vollständige Legalisierung und auch

Martin Schulz ist der Idee der Legalisierung nicht abgeneigt; in einer Abstimmung im Bundestag würde er ohne „Fraktionszwang“ abstimmen lassen.



**Merlin Struck (18)
Bötzw**



Weiterführende Schule in Oberkrämer - denn wir werden immer mehr

Unsere Gemeinde Oberkrämer ist eine junge und stetig wachsende Gemeinde. Wir freuen uns insbesondere über junge Familien, die mit ihren Kindern hier leben möchten. **Daher ist es uns als SPD in der Gemeinde und im Kreis wichtig, gerade den Kindern und Jugendlichen einen guten Bildungsstart zu ermöglichen** - in Kindertagesstätten und in Schulen. Dabei soll heute der Fokus auf den Schulen liegen. Gemäß dem Motto „**Kurze Beine - kurze Wege**“ haben wir in Oberkrämer zwei Grundschulen, eine im Ortsteil Bötzow und eine im Ortsteil Vehlefan. Träger der Grundschulen ist, sofern es sich nicht um Privatschulen handelt, die Gemeinde bzw. die Stadt. D.h. die gesamte Infrastruktur der Grundschulen, wie Bau, Unterhalt, Renovierung, Ausstattung werden über den Haushalt der Gemeinde Oberkrämer finanziert; das Fachpersonal stellt und bezahlt die Landesschulagentur früher hieß das mal Schulamt.

Nach dem großen Ansturm nach dem Jahrtausendwechsel, als unsere Grundschulen aus allen Nähten zu platzen drohten und in Vehlefan z.B. zeitweise mehr als 500 Kinder beschult wurden, bemerken wir heute, dass der **Bedarf an Grundschulkapazitäten wieder ansteigt**. Ein sicheres Indiz für den Mehrbedarf sind die Ergänzungsbauten in den Kindertagesstätten in Bötzow und Vehlefan, die momentan errichtet werden.

Zudem ist Bauland momentan deutlich stärker nachgefragt und die Anzahl an Baugenehmigungen lässt erahnen, dass Oberkrämer auch weiterhin wachsen wird, so dass die Schülerzahlen auf hohem Niveau stabil bleiben werden.

Nach sechs Jahren an der Grundschule müssen unsere Kinder für den Besuch einer weiterführenden Schule das Gemeindegebiet verlassen. Gymnasien werden in Velten, Hennigsdorf und Oranienburg besucht, Oberschulen in Velten, Hennigsdorf, Kremmen und Oranienburg sowie Gesamtschulen in Oranienburg und Birkenwerder.

Gerade aber bei den Oberschulen ist es in den vergangenen Jahren zu Situationen gekommen, dass den Kindern in Einzelfällen nach der sechsten Klasse kein Platz an der Wunschschule vermittelt werden konnte und ihnen Schulen angeboten wurden, die nur mit langen Fahrwegen erreicht werden konnten. Nach meiner Einschätzung wird sich diese Situation künftig eher weiter verschärfen.

Im gesamten Südbereich des Landkreises Oberhavel haben wir eine erfreulich zunehmende Bevölkerungszahl, auch in den Städten, in denen unsere Kinder weiterführende Schulen besuchen.

Bereits heute haben wir die Situation an den Gymnasien, dass vor Beginn eines neuen Schuljahres die eigentlich vorgesehenen Kapazitäten an Gymnasialplätzen nicht ausreichen. Der Kreistag von Oberhavel wird dann mal die Zügigkeit am Runge-Gymnasium, mal am Louise-Henrietten-Gymnasium oder auch am Marie-Curie-Gymnasium erhöhen.

Die Situation an den Oberschulen habe ich bereits beschrieben. Hier befürchte ich, dass sich der „Auswahldruck“ weiter erhöhen wird. **Also brauchen wir ein größeres Angebot an Schulen.**

Im Gegensatz zu den Grundschulen ist nicht die Gemeinde, sondern grundsätzlich der Landkreis Träger der weiterführenden Schulen. In Oberhavel haben wir die Besonderheit, dass die **Trägerschaft für die Oberschulen (ehemalige Haupt- und Realschulen) in der Regel bei den Städten und Gemeinden** „historisch bedingt“ geblieben ist, und nur die Gymnasien, Gesamtschulen und Oberstufenzentren in eigentlicher Kreisverantwortlichkeit liegen - also eine ziemlich komplexe Situation.

Wenn wir die Fakten zusammentragen, dann wissen wir:

1. Bereits heute haben die bestehenden weiterführenden Schulen, die unsere Oberkrämer-Kinder ab Klasse 7 besuchen wollen, ihre Kapazitätsgrenzen erreicht.
2. Unsere Grundschulen werden in den nächsten Jahren perspektivisch mit bis zu sechs Zügen pro Jahrgang rechnen müssen.
3. Der Südbereich des Landkreises Oberhavel, zu dem auch Oberkrämer gehört, wird einwohnermäßig weiter wachsen. Oberkrämer wird im gemeinsamen Landesentwicklungsplan mittlerweile als Bestandteil der Entwicklungsachse Hennigsdorf/Velten und nicht mehr nur als Frischluftkorridor aufgeführt. Somit entstehen neue Entwicklungspotentiale für unsere Gemeinde.
4. Der Verteilungskampf an den weiterführenden Schulen wird zunehmen.



Wir, als SPD Ortsverein Schwante/Oberkrämer und als SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung wollen uns dafür einsetzen:

1. Kurze Wege für kurze Beine - auch für Schüler*innen ab Klasse 7 wollen wir eine wohnortnahe Beschulung unserer Kinder.
2. Wir wollen Klassenfrequenzen im Regelbetrieb von max. 25 Schüler*innen pro Klasse an unseren Schulen.
3. Eine weiterführende Schule in Oberkrämer wird das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Identität der Gemeinde stärken.
4. Wir wollen die Attraktivität der Gemeinde Oberkrämer durch eine weiterführende Schule in unserem Gemeindegebiet erhöhen und somit auch die Attraktivität des Landkreises im ländlich geprägten Raum erhöhen.
5. Wir sehen gute Argumente, die für die Etablierung einer Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe in den nächsten fünf Jahren sprechen. Mit ihr könnte das gesamte Bildungsspektrum abgebildet werden, gemeinsames Lernen bis Klasse 10 und die Option auf ein Abitur.
6. Wir wollen die Verantwortlichen ins Gespräch bringen und werden zu einem „Bildungsforum Oberkrämer“ im ersten Halbjahr 2018 nach Oberkrämer laden.

Zukunft bereits heute gestalten - SPD Schwante/Oberkrämer

Carsten Schneider ist Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung von Oberkrämer und Vorsitzender des Ausschusses für Ordnung, Soziales und Umwelt. Im Kreistag von Oberhavel gehört er der SPD/LGU-Fraktion an und vertritt seine Fraktion im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport. Kontakt über: <https://www.facebook.com/cschneider.ok/>



Die SPD Schwante/Oberkrämer wünscht allen Menschen in unserer Gemeinde eine schöne und besinnliche Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr 2018